Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1¼ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053.

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 275. Sonnabend, den 24. November 1849.

Deutschland.

Berlin, 22. November. (71ste Sitzung der Ersten Kammer.)

Auf der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Berathung des Tit. V. der Verfassungs-Urkunde: Von den Kammern.

Abg. Dahlmann: Beide Kammern haben, um ohne Einleitung sogleich auf die Sache einzugehen, die Aufgabe und Verpflichtung, über die durch die Verfassung gegebenen Rechte zu wachen. In England allein hat sich das konstitutionelle Verhältniß auf eine würdige Weise gestaltet. Auf der einen Seite steht das Königthum, auf der anderen ein Erbadel, der sich eben so fern davon gehalten hat mit dem Könige zu herrschen, wie davon, das Volk zu bedrücken. In England steht das Königthum nicht wie ein einsamer Baum auf ödem Felde, sondern es ist gestützt auf den Erbadel. Das Unterhaus vertritt die Freiheit, das Oberhaus die Ordnung.

So ist es mit den menschlichen Dingen: Die Freiheit liebt man, die Ordnung ehrt man; da der Mensch aber Etwas eher liebt als ehrt, so ist das Unterhaus stets vom Volke als seine wahre Vertretung betrachtet worden und dem entsprechend wurden die Zweiten Kammern auch in Deutschland Volkskammern genannt. In Preußen hätte der König, wenn er dem Volkswillen nachgegeben hätte, Erhabenes schaffen können. Was 1840 Möglichkeit war, ist jetzt unmöglich geworden. Politische Größen werden nicht aus Thalerstücken aufgebaut. (Beifall.) Darum hat auch kein Vorschlag eine reine Pairie verlangt; die Pairie würde aber, wenn sie nur einen Theil der Kammer bildete, eine Kammer in der Kammer sein. Zu jeder Zeit haben im englischen Oberhause Größen aller Art gesessen. Darum konnte das englische Volk das Oberhaus nie als eine bloße Vergötterung des Gewesenen betrachten; unsere 8000-Thalerherren aber werden nie irgend welche Achtung im Volke erlangen. Lord Northumberland wollte das Oberhaus zu einer solchen Thalerkammer machen. Der gute Genius Englands bewahrte es davor. Wenn nicht der Krone das Recht zusteht, Pairs zu ernennen, so artet die Pairie in eine Kaste aus. Der Gedanke an die Pairie ist aber auch schon durch die Abstimmung in der Zweiten Kammer todtgeschlagen worden; zwischen einer Majorität von 250 und einer Minorität von 60 Stimmen giebt es keine Genesung mehr. In dem Rechte der Prinzen, in dem Oberhause zu sitzen, sehen wir den Grund zu dem steten Zwiespalt im Königlichen Hause und zu anderen Verlegenheiten. In Hessen-Darmstadt war ein Prinz Präsident der Kammer; in Baden ebenfalls. Glaubt man, daß es bei uns eben so sein wird? Ein entschiedenes Eintreten der Prinzen eines regierenden Hauses in die Politik führt immer gewisse Nachtheile herbei. Die Verantwortlichkeit der Minister wird durch den Eintritt der Prinzen in die Erste Kammer bedroht, und man darf eine solche Maßregel um so weniger treffen, wenn dadurch keine Pairskammer geschaffen wird. Sind die Prinzen in ihrer Thätigkeit fleißig oder lässig, immer wird sie die Quelle der Zwietracht und des üblen Leumunds sein. In früheren Zeiten führten die regierenden Häupter Deutschlands ihre Söhne mit auf den Reichstag, welcher deshalb die Universität der Prinzen genannt wurde, aber ein bedeutender Einfluß auf die politische Bildung der Prinzen war daraus nicht ersichtlich. Wenn wir auf der Idee der Pairie fußen, so werden wir nie eine Kammer schaffen, die der anderen das Gleichgewicht hält. Nur lasse man sich durch diesen Gedanken nicht verleiten, das Zweikammersystem gänzlich aufzugeben. Man verschmähe die Beschaffenheitsunterschiede beider Kammern nicht. Man bedinge ein höheres Lebensalter, eine längere Funktion, höheres Vermögen der Wähler und Gewählten. Wo aber keine Pairs sind, da wolle man nicht eine Pairskammer schaffen. Ich erkläre mich für die Zahl von 180 Mitgliedern, da eine Vermehrung bei einem Mangel an Diäten die Kammer nur reichhaltiger an Beamten machen würde.

Abg. Stahl: Den Vorschlag, den ich mit meinen Freunden gestellt habe, halte ich nicht für etwas Vollendetes, wohl aber für zeitgemäß. Ich gründe die Erste Kammer nicht auf die Intelligenz, welche einen Senat herbeiführen würde. Ich gründe sie auch nicht auf eine Interessen-Vertretung; da auf dieser vielmehr die Zweite Kammer beruhen soll. Ich begründe die Erste Kammer auf die Macht, welche sie zu einem wahren Oberhause machen soll. Wo finden wir diese Macht? Zunächst in dem großen Grundbesitz. Es giebt einen Grundadel; wäre dies nicht der Fall, so wäre ich freilich mit meiner Ersten Kammer banquerutt, aber auch Preußen wäre banquerutt und bedürfte einer Curatel. (Beifall.) Das Volk ist dem Adel nicht entfremdet; nur die sind es, die zu eitel sind, um eine Größe neben sich bestehen zu lassen, und nicht stolz genug, um dieser Größe die eigene gegenüberzustellen. (Beifall.) Den feudalen Druck des Adels auf das Volk wollen wir beseitigen, aber wir wollen nicht die Stütze vernichten, die der Adel dem Königthum bietet. Am glänzendsten hat sich die Pairie in England gezeigt; freilich hat das Oberhaus nichts für den modernen Liberalismus, für Bürgerwehr, Kopfzahlwahl und dergleichen, viel jedoch für die Rechte der Krone und des Volkes, und für die moralische Bildung gethan. Führt man an, daß keine Elemente für die Pairskammer im Lande vorhanden sind, so frage ich dagegen, wo giebt es Elemente für unsere übrigen constitutionellen Einrichtungen. Wenn wir eine Constitution machen können, so können wir auch eine Pairskammer machen. Glücklicherweise fehlen aber die Elemente für eine Pairskammer in Preußen nicht. Um eine bürgerliche Aristokratie dem Adel zur Seite zu stellen, verlange ich Vertreter für die Kaufleute und Fabrikanten. Auch die Kirche ist Gottlob noch eine Macht im Staate, darum muß sie ebenfalls ihre Vertretung in der Kammer finden. Ich verlange ferner eine Vertretung der Universitäten, nicht weil sie Korporationen, sondern weil sie eine Macht im Staate sind. Viele Einrichtungen sind dem Geiste der Zeit gewichen; die Universitäten haben Kraft genug besessen, um sich zu erhalten gegen ihren überfluthenden Strom. Die beiden Kammern sollen die beiden Lebenspole des Volkes darstellen. Wer wollte nun behaupten, daß die Kreisvertretung ein Lebenspol für das Volk ist. Die Lebenspole liegen bei uns in dem Gegensatze des Hergebrachten und des neu Hereinbrechenden. Die Verbindung der Kreis-Vertretung mit einer Vertretung des Grundbesitzes ist eine prinziplose Schöpfung und ich wünschte nicht, daß Preußen mit einer solchen Ersten Kammer debütirte. Man befestigt ein Linienschiff nicht mit Bindfaden, aber es wird auch nicht befestigt sein, wenn man zwei Drittel Bindfaden und ein Drittel Ankertau nimmt. (Heiterkeit.) Ich will den bestimmten Klassen ihren Einfluß auf die Gesetzgebung erhalten. Was Preußen in dem schweren Jahre 1848 gerettet hat, sind die specifischen Traditionen der Armee, des Grundbesitzes, des Adels und der Krone. (Beifall.) Der Präsident der wahren Ersten Kammer, der Lordkanzler des Oberhauses in England, sitzt auf dem Wollsack, nicht auf dem Geldsack, zum Beweise, daß das Grundeigenthum das wahre Element für die Erste Kammer ist. (Beifall.) Enthält die Erste Kammer die Größen des Landes, so wird sie auch das Vertrauen des Landes haben. Fehlt der wahre Patriotismus, so wird eine Kammer nie Anklang im Lande finden, und das Vertrauen des Landes wird einer auf Wahl gegründeten Ersten Kammer nicht länger bleiben, als sie den Wünschen der Wähler entspricht. Das aristokratische Element muß in der Ersten Kammer vertreten sein; nur dann wird sie Sinn haben für alles Hohe und Erhabene. Wollen Sie eine solche Erste Kammer nicht, so mögen Sie Artikel 62 und 63 ganz aus der Verfassung streichen. Die Erste Kammer soll Popularität gewinnen dadurch, daß sie dem Volke die Oriflamme der Bildung und der Gerechtigkeit voranträgt, und das kann sie nur, wenn sie zusammengesetzt ist, wie ich und meine Frennde es Ihnen vorschlagen. (Beifall.)

Minister des Innern: Es ist mehrfach darauf Bezug genommen worden, wie viel große Grundbesitzer im Staate vorhanden sind. Ich habe mich an alle Landräthe gewendet und die Nachweisung darüber erhalten. Die mir angegebene Zahl der Grundbesitzer mit einem Einkommen von 8000 Thlr. betrug 600. In Folge von Erkundigungen wurden von diesen 110 gestrichen, wobei die auf den Gütern lastenden Schulden in Rücksicht genommen sind. Möglich, daß in Preußen und Schlesien noch einige Angaben zu bezweifeln sein werden. Es ist Jedem gestattet, Zweifel gegen diese meine Angaben zu erheben; so gut, wie es mir gestattet sein wird, zu bezweifeln, daß der große Kurfürst im 18. Jahrhundert Marginalien gemacht hat. (Lebhafter Beifall. Glocke.)

Abg. v. Gerlach: Die heutige Frage führt mich auf diejenigen Grundsätze zurück, die man mit Unrecht Grundrechte genannt hat. In diesen heißt es: „Standesvorrechte finden nicht statt" und „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich." Bis jetzt ließ ich den ästhetischen Sinn, der darin liegt, ganz aus dem Gesichte. Bei der später geringer werdenden Opposition gegen meine Ansicht sah ich ein, daß diese Sätze eigentlich so ernst nicht gemeint seien. (Heiterkeit.) Ich werde mich daher durch solche Sätze nicht beirren lassen und meine Meinung ungenirt aussprechen. Sind doch zur Zeit wieder viele vormärzliche Namen eingeführt worden: Prinzen, Standesherrn und Andere; hat ja ein gelehrter Mann von der Linken zugegeben, daß die Erste Kammer auf Provinzialständen beruhen kann. (Beifall.) Man hat mir vorgeworfen, ich ignorire, was seit dem März geschehen ist. Wenn ich meinestheils die Zeit seit dem März, also achtzehn Monate, so ignoriren meine Gegner die ganze Zeit vor dem März, also fast 6000 Jahre. Nichts ist so neu, als das Alte, und Nichts veraltet so schnell, als das Nagelneue. Wie glänzt die alte Krone unseres Königs, wie nett und blank ist unsere alte Armee. Die neuen Worte dagegen: freiheitschützende Bürgerwehr, Errungenschaften kann man kaum noch aussprechen, ohne an ein veraltetes, aus der Mode gekommenes Kleid

zu denken. Ohne Aristokratie ist keine Monarchie, keine Republik zu denken. Es giebt nichts Servileres, Sklavischeres, als Vorzüge nicht anerkennen zu wollen, die man selbst entbehrt. Welcher Naturforscher wird blos die heimischen Blumen betrachten und die fernen himmelhohen Berge vergessen. Die Aristokratie gleicht einem erhabenen Berge. Der Adel ist des Staates und des Volkes wegen da; er ist ein Besitzthum des Volkes, ein National-Eigenthum. Wir haben bessere Elemente des Adels als Geld und Gut: Königsdienst und Waffenehre ist die solide Grundlage des deutschen Adels. Der Adel ist ein grüner Zweig eines kräftigen Baumes; er hat Preußen im vorigen Jahre erhalten. Sie sehen, meine Herren, daß ich nicht Alles ignorire, was seit dem März geschehen ist. (Heiterkeit.) Im siebenjährigen Kriege sind 61 Adelige gefallen, welche den Namen Kleist trugen. Denken sie sich einen jungen Mann desselben Namens, der in seiner wenig einträglichen Stellung als Offizier beharrt, um einst den Tod für König und Vaterland zu sterben. Solche Namen, solche Männer sind die besten Stützen für den Staat. Alle wahren Interessen können friedlich neben einander stehen, alle können ihre Vertretung finden und einander zur gegenseitigen Stütze dienen. Machen Sie keine Erste Kammer, meine Herren, sondern suchen Sie eine, und Sie werden eine finden. (Beifall zur Rechten, Zischen zur Linken.)

Abg. Goltdammer erklärt sich gegen die erbliche Pairie, gegen die Interessen-Vertretung und die Ernennung lebenslänglicher Pairs durch die Krone und für die Wahl durch Provinzialvertreter.

Abg. Triest: Ich werde den Verbesserungs-Antrag des Abgeordneten Stahl mit einigen Veränderungen unterstützen. Könnte man kein anderes Mittel finden, um das konservative Element der Ersten Kammer zu garantiren, als den Census, so würde ich nichts gegen den Census haben; jedoch gebe ich zu bedenken, ob die Bevorzugung des Reichthums im Volke für längere Zeit Simpathieen haben kann. Es bleibt nichts anderes übrig, als die korporativen Interessen im Staate aufzusuchen und ihnen in der Ersten Kammer eine Vertretung zu geben. Was den Grundbesitz betrifft, so glaube ich, daß den Standesherren in der Ersten Kammer eine Stellung zuerkannt werden muß. In der Wahl der Grundbesitzer durch Grundbesitzer sehe ich auch eine Art von Pairie und zwar eine Art schottischer Pairie. Ich würde etwas weiter gehen als der Abg. Stahl, und statt der 8 lieber die 18 größten Städte in der Ersten Kammer vertreten sehen; ohne diese Modifikation halte ich das Interesse der Städte dem platten Lande gegenüber nicht genügend gewahrt. Im Ganzen befürwortet der Abgeordnete den Antrag des Abgeordneten Stahl, den wir hier nachträglich mittheilen.

Antrag des Angeordneten Stahl und Genossen:

Art. 62 und 63 dahin abzuändern:

Die erste Kammer besteht aus folgenden Mitgliedern:

1) aus den volljährigen Prinzen des Königlichen Hauses; 2) aus den volljährigen Häuptern der ehedem reichsständischen, Preußen angehörigen Häuser; 3) aus 60 Mitgliedern, welche der König in erblicher Weise ernennt. Sie müssen ein jährliches Einkommen aus Landbesitz von mindestens 8000 Thlr. haben; 4) aus 60 Mitgliedern (eventuell, falls No. 3 keine Annahme fände, aus 120 Mitgliedern), welche von den größten Landeigenthümern jeder Provinz, mit Ausnahme der zu erblichen Mitgliedern Ernannten, gewählt werden; 5) aus 40 Mitgliedern, welche von den größten Kaufleuten und Fabrikanten jeder Provinz gewählt werden. Die Bildung der Wahlkörper und die Vertheilung nach Provinzen für die Kategorien unter 4 und 5 bestimmt das Gesetz. 6) aus einem Abgeordneten für die bedeutendste Stadt jeder Provinz durch den Magistrat (oder, wo kein Magistrat besteht, die ihn ersetzende Behörde) aus seiner eignen Mitte gewählt; 7) aus den 8 evangelischen General-Superintendenten und den 8 katholischen Bischöfen; 8) aus einem Abgeordneten für jede Landes-Universität, von den ordentlichen Professoren derselben aus ihrer eignen Mitte gewählt.

Der Abg. Triest stellt in diesem Sinne einen Unter-Verbesserungs-Antrag zu dem Antrage des Abg. Stahl.

Abg. Burmeister: Es giebt für die Erste Kammer nur zweierlei: entweder die erbliche Pairie oder die Wahl. Ich bin nicht prinzipiell gegen die erstere, aber ich glaube, daß dieselbe bei uns keine geschichtliche Grundlage hat. Deshalb bleibt nichts als die Wahl. Bei der Wandelbarkeit der Umstände ist die Interessenvertretung nicht zweckmäßig. Ich empfehle ihnen deshalb den Antrag des Abg. Kuh zur Annahme. Bei der Berathung über die Gemeinde-Ordnung haben wir es in unsrer Hand, die erste Kammer so konservativ zu machen, als wir wollen. Das Vertrauen, welches die Kreisvertreter im Volke haben werden, wird auch auf die darauf beruhende Erste Kammer übergehen. Der Antrag des Abg. Kuh lautet:

die Art. 62 und 63 der Verfassung dahin abzuändern: die erste Kammer besteht aus 240 durch die Kreisvertretung gewählten Mitgliedern.

Abg. Keltsch begrundet den von ihm gestellten Verbesserungs-Antrag und empfiehlt event. den Verbesserungs-Antrag der Abgg. von Dönhoff und zur Mühlen. Schluß der Sitzung 3 Uhr.

Berlin, 23. November. Die erste Kammer beschäftigte sich in ihrer heutigen um 10 Uhr eröffneten Sitzung mit der fortgesetzten Berathung der Art. 62 und 63 der Verfassung. Es werden wieder mehrere Amendements eingebracht, die hinreichende Unterstützung finden. Abg. Bianco eröffnet die Debatte, er findet es am zweckmäßigsten, zwei Drittheile der Abg. zur ersten Kammer aus der Zahl der größeren Grundbesitzer zu wählen. Abg. Brüggemann schließt sich dem von dem Abg. Stahl aufgestellten System mit Ausnahme des Erblichkeits-Prinzips an. Sollten aber „die Berufsklassen zur Vertretung nicht berufen werden," so sei das Amendement des Abg. Dönhoff zur Annahme geeignet. Abg. v. Zander spricht für ein von ihm eingebrachtes Amendement, nach welchem die erste Kammer aus den Prinzen des Königl. Hauses, aus den Häuptern der vormals unmittelbaren Reichsstände und aus 220 gewählten Mitgliedern bestehen soll. Die Letzteren sollen in direkter Wahl von den Höchstbesteuerten gewählt werden. Nachdem sich noch der Abg. v. Bassewitz für das Amendement Kisker ausgesprochen hat, wird der Schluß der Debatte beantragt und abgelehnt. Auf der Rednerliste sind noch 21 Redner verzeichnet. Abg. Kuh erklärt sich gegen eine Pairie und für sein Amendement, welches in dem letzten Berichte, bei der Rede des Abg. Burmeister mitgetheilt ist.

Abg. von Bethmann-Hollweg erklärt sich gegen die betreffenden Artikel der Verfassung, sie seien die „allerdings nicht ganz unsystematischen Gedanken eines Mannes, der jetzt unter einer schweren Anklage in Haft ist." Schließlich erklärt sich der Redner für das Amendement Stahl.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird abermals verworfen. Abg. Jakobs erklärt sich hierauf für das Amendement Stahl. Abg. Gr. von Alvensleben ist für ein Amendement des Abg. Denzin, nach welchem Alle, welche 8 Thlr. Klassensteuer zahlen oder 500 Thlr. reines Einkommen haben, Wähler sind. Auch andere Amendements sind inzwischen eingegangen und unterstützt worden.

Um 3 Uhr wird die Debatte vertagt.

Berlin, 23. November. Die heutige Sitzung der **zweiten Kammer** wurde um 11¼ Uhr eröffnet. Die Tagesordnung enthält den Bericht der Agrar-Commission über den Entwurf des Gesetzes, betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse.

Abg. Graf Ziethen überreicht, bevor die Kammer zur Tagesordnung übergeht, einen Protest von 600 Katholiken gegen die Beschlüsse der Kammer in der Kirchen- und Schulfrage. Ein Antrag des Abg. Eding und Genossen, die motivirte Tagesordnung zu dem in der letzten Sitzung verhandelten Antrage des Abg. Urlichs enthaltend, wird wiederholt zur Abstimmung gebracht und angenommen.

Zu dem Gesetz-Entwurf, welchen der Bericht der Agrar-Commission behandelt, werden mehrere Amendements gestellt, darunter eines, welches die Annahme desselben en bloc verlangt. Der Herr Minister des Innern eröffnet die Debatte. Das strenge formale Privatrecht könne in dieser Angelegenheit durchaus nicht berücksichtigt werden. Die bisherigen Ablösungen hätten sich als ungenügend gezeigt. Die Regierung habe sich aber, soweit es mit höheren Rücksichten vereinbar war, an die bestehenden Rechtsverhältnisse gehalten. Der Hr. Minister erklärt sich gegen das Amendement, welches die Annahme des Gesetz-Entwurfs en bloc verlangt und wünscht, die Debatte möge sich an gewisse Punkte, denen er neun aufzählt, näher anschließen. Schließlich fährt hierauf der Herr Minister fort, trage ich noch die Bitte vor, die Debatte von jeder Bitterkeit frei zu halten. Die Regierung wird Alles, was in ihrer Kraft steht, dazu beitragen, die Sache in einer friedlichen Weise zur Lösung zu bringen.

Der Berichterstatter Abg. Ambronn spricht für, Abg. Selchow gegen den Commissionsantrag.

Abg. Elwanger vertheidigt die Commission. Abg. Schöpplenberg bedauert, daß für Schlesien nicht ein besonderes Ablösungsgesetz erlassen worden. Abg. Hesse (Brilon) spricht sich für den Gesetzentwurf der Regierung aus.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Graf Arnim will aus Rücksicht und im Namen seiner Committenten das Recht wahren und deshalb diejenigen Punkte angeben, in welchem der Entwurf das Recht verletzt.

Das weitere Resultat werden wir später mittheilen.

Berlin, 22. November. Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich haben dem Major von Katte, aggregirt dem 3ten Ulanen-Regiment, das Ritterkreuz des Leopolds-Ordens, so wie dem Hauptmann Schultz I. vom Ingenieur-Corps und dem Premier-Lieutenant in der Adjutantur, Grafen von der Gröben, den Orden der eisernen Krone 3ter Klasse zu verleihen geruht.

Berlin, 22. November. Die heutige Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung war eine besonders interessante durch die in Folge eines Briefes des Herrn Stadt-Kommandanten General von Thümen hervorgerufene Debatte über die bei der am vergangenen Montag stattgefundenen Feier des Städte-Ordnungsfestes vorgefallenen traurigen Scenen. Es fand eine längere Debatte über diese Angelegenheit statt, deren Endresultat war, daß die Versammlung einen Antrag des Vorstehers einstimmig, mit Ausnahme zweier Mitglieder, die sich der Abstimmung enthielten, weil sie an dem Feste nicht Theil genommen, annahm, der ungefähr also lautete: Zu Protokoll zu erklären, die Stadtverordneten-Versammlung müsse es auf das Tiefste bedauern und mißbilligen, wenn bei dem Festmahle am 19ten d. M. Jemand damit habe eine Demonstration machen wollen, daß er bei dem Ausbringen der verschiedenen Toaste und während der den Toasten vorangegangenen Reden, nachdem fast sämmtliche Anwesende sich erhoben hatten, sitzen geblieben ist, um so mehr, als hierdurch eine Scene herbeigeführt wurde, die von allen Gebildeten nur tief bedauert werden kann. Dem Herrn General von Thümen soll ebenfalls ein Antwortschreiben zugefertigt werden, worin die Versammlung ihre Mißbilligung über die bedauerlichen Vorfälle ausspricht. Der Vorstand wurde mit Abfassung dieses Schreibens beauftragt. (D. R.)

Berlin, 23. November. Die Stimmung in Sachsen für den Anschluß an Preußen und die deutsche Frage spricht sich immer entschiedener aus. Das Dresdner Journal vom 20. c. enthält einen energischen Aufsatz für den Anschluß. Wenn ein Organ des eigenen Landes so spricht, so muß die öffentliche Meinung auf seiner Seite sein. Zur Unterstützung seiner Ansicht führt das Dresdner Blatt einen Brief aus Hannover an, der sich, mit Anführung eines Artikels aus der Weser-Zeitung, eben so erklärt. Wie entschieden die Sprache ist, und wie warm für Preußen, möge man nur aus folgender Stelle, die wir herausheben, entnehmen: „Keine größere Verläumdung als die, daß Preußen den Fall Deutschlands verschuldet habe. Ist dieser nicht vielmehr verschuldet durch den Jesuitismus in der Wiener Hofburg? — Beginnt die Rettung Deutschlands nicht mit dem großen Kurfürsten? Haben die Deutschen einen anderen königlichen König, als Friedrich II.? Ist jetzt ein anderer Hort zu sehn, als der Thron Friedrichs II., umgeben von 300,000 treuen Kriegern? — — Sind die Männer ehrliche und kluge Deutsche oder nur Pfahlbürger, oder große Knechte kleiner Herren, die, von augenblicklichem Widerwillen gegen Preußen sich hindern lassen, die offenbarste, die dringendste Pflicht zu erfüllen, die Pflicht sich anzuschließen mit allen Kräften an das Königthum in Preußen, an Ein Kriegsoberhaupt von 25 Millionen Deutschen?" — Wir brauchen nicht weiter zu excerpiren. Kaum ist es nöthig, daß wir selbst dergleichen Sachen führen, wenn sie in Sachsen und Hannover so für uns geführt werden. (V.Z.)

— Es ist eine österreichische Note eingegangen, in welcher in ziemlich drohendem Tone hervorgehoben wird, daß der von Preußen beabsichtigte Bundesstaat eine Verletzung der Bundesverfassung einschließe. Die An-

wort der preußischen Regierung ist, daß Oesterreich durch seine Verfassung vom 4. März diese Bundesverfassung zuerst verletzt habe. Wenn Preußen bis dahin den Vorwurf wegen solcher Verletzung Oesterreich nicht gemacht habe, so sei es in Berücksichtigung seiner besonderen Lage geschehen. Preußen erkenne die Bundesverfassung noch an in den Personen, Rechten und Pflichten ihrer Gründer; daß es in dieser Rücksicht den Bund nicht verletze, sei zunächst seine Sache, und hier erst der Erfolg abzuwarten; dagegen sei die formelle Bundesorganisation auf gesetzlichem Wege und gleichmäßig von allen Theilen aufgehoben. Jedenfalls werde Preußen unbeirrt den betretenen Weg fortsetzen. (B.Z.)

Wittenberg, 21. November. Heute Morgen halb 11 Uhr traf Se. Exc. der General der Kavallerie v. Wrangel mittelst Eisenbahnzuges hier ein. Auf dem Bahnhofe wurde er von einem starken Offizierkorps, an der Spitze unseres braven Stadtkommandanten, Oberst v. Röder, empfangen, worauf Se. Excellenz ein Pferd bestieg und querfeldein nach dem nahen Exerzierplatz ritten. Hier war die dritte Kompagnie 19. Inf.-Regts., unter Befehl des Grafen v. Blomberg, in Parade mit feldmäßigem Gepäck aufgestellt. Nachdem Se. Excellenz der Kompagnie einen freundlichen guten Morgen geboten, ließen dieselben die Chargen vorziehen und befragten die Einzelnen nach verschiedenen persönlichen Verhältnissen. Hierauf wurden einige Bewegungen gemacht, die mit einer Bayonnet-Attaque schlossen. Obgleich die erst kürzlich angekommenen und noch in der Ausbildung begriffenen Rekruten sich in der Kompagnie befanden, sprachen Se. Exc. ihr höchstes Lob aus, erwähnten, daß es ihm Freude mache, ein so braves Regiment unter seinen Befehl bekommen zu haben, und setzten noch hinzu, daß Se. Majestät der König die Tüchtigkeit und die strenge Disziplin des Regiments wohl kenne. Nachdem Se. Excellenz Sr. Majestät dem Könige unter präsentirtem Gewehr ein Hurrah gebracht hatte, dessen donnerndes Echo weithin schallte, begaben sich dieselben zu Pferde, von einer zahlreichen Suite begleitet, in die Stadt, wo dieselben mehrere Sehenswürdigkeiten in Augenschein nahmen und dann mittelst Extrapost nach Dessau zur Hoftafel fuhren. (Voss. Z.)

Aus Westpreußen, 16. November. Nach den Anstalten, welche getroffen werden, scheint es denn doch mit dem Baue einer Marine auch bei Danzig Ernst zu werden. Es sind bereits von einer Marine-Kommission für ca. 2600 Thlr. eichene Bauhölzer gebrakt und angekauft worden, welche zum Bau von zwei Dampffregatten, jede mit ca. 250 bis 300 Pferdekraft, verwandt werden sollen. Der Bau dürfte mit dem Frühjahre beginnen. — Auch mit der Eisenbahnbrücke bei Dirschau soll schon im Laufe dieses Winters der Anfang gemacht werden, in so fern das Fundament zu den beiden Granitpfeilern, die in der Weichsel zu stehen kommen, zuvörderst gelegt werden soll. Es wird eine kolossale Kettenbrücke von 1000 Fuß Länge, die auf 6 Pfeilern à 100 Fuß Entfernung zu ruhen kommt. Die beiden Wasserpfeiler werden 24 Fuß dick und 48 Fuß breit; zwei andere, weniger kolossal, werden in den Außendeichen errichtet, und zwei endlich zu Anfang und am Ende der Brücke. Die Brücke selbst wird oben zu beiden Seiten mit einem hohen Gitter aus Stabeisen versehen und 59 Fuß breit, mit doppelten Fahrwegen für die Eisenbahn-Waggons, wie für Fuhrwerke, und breiten Fußsteigen zur Seite für Fußgänger. Es soll ein Meisterstück moderner Baukunst werden. Weniger imposant wird sich die Nogat-Eisenbahnbrücke bei Marienburg machen; sie wird nur 756 Fuß lang, 48 Fuß breit und nur auf 4 Pfeilern ruhen, jeder à 189 Fuß Entfernung. Der ganze Brückenbau wird 3 Jahre Zeit erfordern. (K. Z.)

Bonn, 19. November. An dem heutigen Tage ist unsere Stadt in der freudigsten Erregung. Das neue Hospital, welches als Denkmal großer Opferwilligkeit zur Milderung menschlichen Elends vor unserem Kölnthore prangt, hat die kirchliche Einsegnung erhalten und seine ersten Kranken aufgenommen, um sie den liebevoll pflegenden Händen der barmherzigen Schwestern anzuvertrauen. In dem Münster begann die Feier mit Hochamt und Predigt. Die letzte wurde von dem Dom-Dechanten Dr. Iven, welcher als früherer Pfarrer von hier auf seinem Höhepunkte liebevoller Verehrung gestanden, zur Freude aller Bonner gehalten. Nach der kirchlichen Feier bewegte sich ein unabsehbarer Zug durch die festlich geschmückten Straßen zu dem Hospitale hin. Auch die in Bonn verweilenden Prinzen, unter ihnen der an hiesiger Universität studirende preußische Thronfolger, schlossen sich der Feier an. Von dem Präsidenten des Hospital-Vereins, Prof. Walter, wurden nach geschehener Einsegnung des Hauses die 12 ersten Kranken den barmherzigen Schwestern unter passender Ansprache übergeben. (Köln. Z.)

Crefeld, 16. November. Die Fabriken sind jetzt hier und in der ganzen Umgebung in einer solchen Thätigkeit, daß man niemals eine gleiche bemerkt hat. Die Arbeiter können den Bestellungen fast nicht genügen, und jeder kann die Woche leicht 5 bis 6 Thaler verdienen. (Rh.- u. M.-Z.)

Karlsruhe, 20. November. Der Namenstag Ihrer Maj. der Königin von Preußen wurde gestern von dem hiesigen Hofe durch ein großes Diner gefeiert, zu welchem sämmtliche hier befindliche preußische Stabsoffiziere geladen waren. — Die Unteroffiziere der Artillerie, welche bis zum 15. als Kriegsgefangene in Rastatt gesessen hatten und an diesem Tage, dem Namenstage des Großherzogs, aus der Gefangenschaft entlassen wurden, sprechen in den heutigen Tagesblättern ihre Danksagung für jenes Ereigniß in folgenden Worten aus:

„Die am 15. d. M., am Tage der Feier des hohen Namenfestes Sr. Königl. Hoheit unseres geliebten Großherzogs, uns zu Theil gewordene Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft in Rastatt läßt uns zuversichtlich glauben, daß uns dieselbe nur durch die höchste Gnade Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs zugeflossen ist. Unsere Brust, die deshalb mit dem tiefsten, feurigsten Dank für diese höchste Gnade erfüllt ist, überströmt, und es fordert uns auf, diesen feurigen Dank öffentlich auszusprechen und Alle, welche dieser höchsten Gnade gleich uns theilhaftig geworden, aufzufordern, in unsern Dank mit einzustimmen. Wir zweifeln auch nicht, daß alle Jene, sowie so manche Gattin, der ihr Gatte, so viele Kinder, denen ihr Vater zurückgegeben, oder die solchen wenigstens jetzt in einer besseren Lage wissen, nicht mit gepreßtem Herzen und traurig thränenden, sondern mit freudethränenden Augen ihre Bitten um das theure Wohlergehen unseres geliebten Landesvaters und höchstdessen Familie vereint mit uns zum Himmel senden.

Im Vertrauen auf die allgemeine und langeher bekannte Güte und Milde Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs wagen wir auch zu hoffen, daß den durch das Gericht von Rechtens noch zu ergehenden Urtheilen unser gütigster Landesvater Seine höchste Gnade nicht entziehen wird, daß uns bald wieder vergönnt sein wird, vereint mit unseren Waffenbrüdern in die Reihen zu treten, und die Feinde unseres theuren Vaterlandes und der wahren Freiheit zittern zu machen.

O, möge es uns vergönnt sein, recht bald zu beweisen, wie sehr wir unseren theuren Fürsten lieben, wie gern wir unser Blut und Leben opfern, um die Lorbeern zu erringen, mit welchen wir das theure Fürstenhaupt dann schmückrn werden, um die Siegespalme zu erobern, welche wir in unserem Vaterlande pflanzen werden, deren Schatten weithin Friede verbreiten soll."

Die Artillerie war bekanntlich die am meisten demoralisirte Truppe, es ist darum um so erfreulicher, aus ihrem Munde eine solche Sinnesänderung zu vernehmen. (D. Ref.)

Flensburg, 20 November. Wir man erfährt, wird Baron Eggers, und zwar zufolge von Schleswig eingegangenen Berichtes, nun nicht dahin gehen.

— Gestern passirten ein Offizier und drei Gemeine der preußischen Artillerie durch Flensburg nach Düppel. Leute, die aus guter Quelle zu schöpfen pflegen, äußern sich, daß die schwedisch-norwegischen Truppen nächstens in ihre Heimath abgehen und dann Preußen das ganze Herzogthum Schleswig besetzen werden. (C. Z.)

Oesterreich.

Wien, 20. November. Wenn wir einem Gerüchte trauen sollen, so hegt der Kaiser die Absicht, seinen Ausflug bis nach Dresden auszudehnen; daß Fürst Schwarzenberg der Begleiter des Monarchen ist, (statt des Herrn v. Bruck, der zurückblieb) giebt diesem Gerüchte einige Wahrscheinlichkeit.

— Die vom Ministerium projektirte Zolleinigung hat unter den hiesigen Handeltreibenden große Schrecken hervorgebracht. Bereits sind mehrere Vorstellungen dagegen dem Herrn von Bruck eingereicht worden. Sie lassen sich fast sammt und sonders auf den Wahlspruch unserer Fabrikanten reduziren. Viel gewinnen, wenig arbeiten, keine Konkurrenz. Das Ministerium ist jedoch nicht geneigt, diese Gründe gelten zu lassen. Vielmehr wird eifrigst daran gearbeitet, die Zolleinigung baldigst ins Leben treten zu lassen und zwar ohne Zuziehung eines Industriekongresses wie ihn die obengenannten Herren gewünscht hätten. Die heutige Wiener Zeitung weiset deutlich darauf hin.

— Der Lloyd hofft, man werde über die Schlüssel der Stadt Mailand, welche im Okt. v. J. aus dem K. Zeughaus abhanden kamen und nicht wieder zum Vorschein gekommen sind, etwas Näheres erfahren. Es hat nämlich der Artillerie-Ober-Lieutenant Schedelbauer in dem gefahrvollsten Augenblicke jener Zeit nicht nur die Orden der hohen Alliirten, den Degen des unsterblichen Erzherzogs Kral, die Schlüssel der Stadt Lyon und andere werthvolle Merkwürdigkeiten in einem Verschlage verpackt gerettet, sondern auch die Schlüssel der Stadt Mailand dem im Zeughaus anwesenden ehemaligen Reichstags-Deputirten übergeben.

— Die serbische Woywodschaft wird, wie nunmehr definitiv feststehen soll, als selbstständiges Verwaltungsgebiet mit Einschluß der syrmischen Bezirke Ruma und Illok in drei Kreise mit dem Hauptorte Temesvar organisirt werden. Der Monarch nimmt den Titel eines Groß-Woywoden an und der jeweilige Statthalter den eines Vice-Woywoden, wozu dermalen General Mayerhoffer ernannt worden ist. (C. Z.)

Pesth, 16. November. In einer Audienz, welche die Deputation der hiesigen Handelsstände gestern beim kaiserl. Kommissair gehabt und in welcher sie die von der „Pesther Zeitung" als erledigt erklärte Kossuth-Noten-Frage gleichwohl neuerdings zur Sprache brachten, soll Freiherr von Gehringer sicherem Vernehmen nach sich dahin geäußert haben: daß trotz aller Versuche, eine günstigere Lösung des schwierigen Problems herbeizuführen, der gute Wille der Regierung an der Berücksichtigung zweier Umstände gescheitert sei. Einerseits würde nämlich die Entschädigung des revolutionairen Papiergeldes gewissermaßen einer Anerkennung der Revolution und ihres mächtigsten Hebels gleichsehen, einer Anerkennung, welche die österreichische Regierung vor den künftigen Generationen nicht verantworten könnte; auf der andern Seite aber würde die Kreirung neuen Papiergeldes zur Einlösung des Kossuthschen nothwendigerweise den Cours des bereits in Umlauf befindlichen drücken, und so müßte denn der gesammte Staat abbüßen, was ein Kronland verbrochen.

Italien.

Rom, 7. November. Ueber die Rückkehr des Papstes wird jeden Tag eine neue Version erfunden. Nun heißt es wieder, er werde mit dem Könige von Neapel kommen. Man sieht am Pallaste Farnase arbeiten und die Folgerung ist fertig. Monsignor Orsini, der Erzbischof von Neapel, scheint auch gegen Jemand auf irgend eine Weise sich über des Papstes Heimkehr ausgesprochen zu haben, und siehe da, eine andere Partei ist mit dem Schlusse in Bereitschaft, der Papst komme nicht. — Am 10ten sollte die erste Verbrennung der republikanischen Bons stattfinden. — Bei den Grabungen stieß man auf Fresken aus der pompejanischen Epoche, Darstellungen aus dem Leben des Ulysses. Zwei davon sind bereits ins kapitolinische Museum geschafft worden.

— In **Neapel** sollen die Verhaftungen in den Provinzen noch immer fortgesetzt werden. Der König von Neapel hat die Aushebung von 18,000 Mann Rekruten dekretirt. — Der General-Procurator Pasquale Scura hat sich der Gefangenschaft durch die Flucht entziehen müssen; man macht ihm den Vorwurf, die Mörder des Ex-Deputirten Costabile Carducci auf eine zu ernstliche Art verfolgt zu haben. Dieser Mann, welcher 34 Dienstjahre zählt, ist Vater von 7 Kindern, welche durch seine Flucht in das größte Unglück gestürzt sind.

Rußland und Polen.

Kalisch, 16. November. Die neuesten Nachrichten aus Polen und Rußland stellen weniger das Bevorstehen eines Krieges in Aussicht, als die bisherigen, indem es Thatsache ist, daß die sämmtlichen Garden ihre bisherigen drohenden Stellungen verlassen und durch die Ostseeprovinzen ihren Marsch nach Petersburg zurücknehmen. Auch die Grenadiere räumen das Königreich und werden von Truppen, welche aus Ungarn zurückgekehrt sind, abgelöst. Obgleich nun auch die Garden, dieser Stolz der Russen, die Kasernen der Weltstadt wieder beziehen, so ist nichtsdestoweniger die russische Heeresmacht, welche im Königreiche Polen zurückbleibt und kriegsgerüstet dasteht, eine sehr imposante zu nennen und ganz geeignet, allen revolutionairen Bewegungen Mittel-Europa's Respekt einzuflößen. (C. B. a. B.)

Von der polnischen Grenze. In Polen wird die Rauchfangssteuer aufs Neue veranlagt. Die Gebäude zerfallen in 3 Klassen, je nachdem sie mit Steinen, Schindeln oder Stroh gedeckt sind, und werden nach der Anzahl der Fenster in der Front besteuert. (C. Z.)

Großbritannien.

London, 19. November. Herzog Wellington ist in Apsley-House eingetroffen und hat sich nach Windsorschloß zur Königin begeben.

— Der amerikanische Postdampfer „Hermann" ist gestern auf seiner Reise von Bremen in Southampton angekommen. Er verließ schon

Donnerstag Bremerhaven, hatte jedoch die Nacht darauf einen furchtbaren Sturm in der Nordsee auszuhalten, der ihn einen Tag aufhielt, morgen wird er weiter nach New-York segeln. Unter seinen 30 Passagieren sind einige ungarische Celebritäten, u. A. Ladislaus Ujhazy, kürzlich noch Civilgouverneur von Komorm, der in Amerika eine ungarische Kolonie zu gründen beabsichtigt, ein Greis von ehrwürdigem Aeußern. Er hat Empfehlungsbriefe an den Präsidenten der Republik, General Taylor, und mehrere andere einflußreiche Männer. Seine zwei Söhne und zwei Töchter und einige ungarische Offiziere begleiten ihn. Eine andere ungarische Notablität am Bord des Hermann war Fräulein Apollonia Jagella, welche während des Krieges als Lieutenant in einem Kavallerie-Regiment diente, und zuletzt noch Adjutant in Komorn während der Belagerung war. Die feinen Züge der jungen Dame (welche sich mit einem ungarischen Offizier, der sie in New-York erwartet, verheirathen wird) drücken Entschlossenheit aus. Sie ruhmte sich, eigenhändig mehrere österreichische Soldaten erlegt zu haben, und ihre Begleiter versicherten, daß sie in der That Meisterin der Fechtkunst sei.

Donau-Fürstenthümer.

Bukarest, 6. November. Offiziell ist angezeigt, daß die hiesigen türkischen Truppen sich zurückziehen. Blos in Bukarest und Giurgiu werden kleine Garnisonen (circa 6000 Mann) bleiben, das ganze übrige Land wird von Russen besetzt.

Türkei.

Konstantinopel, 10. November. Die „Presse" meldet von hier, daß neue Zerwürfnisse zwischen der Pforte und Rußland, hervorgerufen durch Frankreich und England, ausgebrochen seien. Die Pforte begehre nicht nur die Räumung der Donaufürstenthümer, sondern auch mit Ablauf des bestimmten Zeitpunktes die Aufhebung der Rußland allein zustehenden Handels-Vergünstigungen.

— In Smyrna wurde neuerdings das Gesetz, wonach zwei Stunden nach Sonnenuntergang Niemand ohne Laterne in den Straßen erscheinen soll, in Erinnerung gebracht. Die türkischen Patrouillen sollen unnachtsichtlich jeden Kontravenienten arretiren. Eine zweite Verordnung untersagt das Tragen von Waffen.

— Die französische Flotte hat einige Stunden von Smyrna bei Vourta Anker geworfen. Sie besteht aus 6 Linienschiffen, 1 Fregatte, 2 Dampffregatten und 1 Schraubenkorvette. Am 11. brachte ein vom General Aupick aus Konstantinopel gesendetes Schiff dem Admiral der Flotte Depeschen.

Belgrad, 10. November. Ueber des Czaren Antwort an Fuad Effendi haben wir im Widerspruch mit der telegraphischen Depesche Lamoricière's den Bericht erhalten, daß der Kaiser aller Reußen mit seiner ersten Forderung bestehe. Soviel ist gewiß, daß die Türkei die ganze rechte Donauseite von Stambul aus bis Adakale mit Truppen besetzt, und daß auch Oesterreich 20 Bataillone Infanterie, 16 Schwadronen Kavallerie nebst 40 Kanonen an die Grenze schickt. Rußland hingegen hat seine Besatzungen in der Moldau und Walachei verstärkt, und darf man der Aussage einiger Reisenden trauen, gegen das linke Donauufer Truppen vorgeschoben! Die größte Schwierigkeit in dieser Angelegenheit bieten jedenfalls die Renegaten, die nun einmal nicht ausgewiesen werden können. Die übrigen Emigranten sehnen sich nach nichts so sehr als baldmöglichst die Türkei verlassen zu können. Aber die 4 Generale, die 15 bis 20 Stabsoffiziere, die sich dem türkischen Glauben ergeben haben, bleiben. Oesterreich und Rußland haben daher in dieser Angelegenheit in jedem Falle, diplomatisch genommen, bis jetzt nicht erlangt, was sie, auf Traktate sich berufend, in Anspruch genommen. Ob nun diese beiden Mächte sich mit einer solchen Enttäuschung der Pforte England und Frankreich gegenüber zufrieden geben werden, ist der Knoten des Räthsels. Friedlich sind die Aussichten keineswegs, und wir sehen mit Besorgnissen dem kommenden Frühjahr entgegen. (A. A. Z.)

Vermischte Nachrichten.

Stettin, 21. November. Gestern Abend wurde in der Stadtverordneten-Versammlung dem „Prediger" der freien christlichen Gemeinde, Wagner, die jährliche Besoldung von 300 Thlrn. durch Stimmenmehrheit entzogen. Der Genuß hätte noch 1 Jahr gedauert. Die Gemeinde war früher eine „deutsch-katholische" und Gentzel ihr Prediger. Jetzt ist eine „freie christliche" daraus geworden und Wagner derselbe, welcher bei der hiesigen Blumfeier sich laut rühmte, nicht blos ein Geistes-, sondern auch ein Kampfgenosse Blums auf den Barrikaden Wiens gewesen zu sein.

Stettin, 24. November. Die Königl. Regierung hat mit Mißfallen bemerkt, daß auf dem Lande die Schullehrer die Jagd betreiben; sie werden deshalb verwarnt und künftig im Falle des Vergehens mit 1 bis 5 Thlr. Ordnungsstrafe belegt.

— Die Sitzungen des hiesigen Schwurgerichts werden den 12. Dezember d. J. Vormittags 9 Uhr eröffnet werden und im Saale des Schützenhauses Statt finden.

— Heute früh rückte 1 Compagnie des 2. Landwehr-Regiments hier aus und wurde von der Musik des 10. Infanterie-Regiments begleitet.

— Heute Mittag trifft das Füsilier-Bataillon des 10. Infanterie-Regiments von Cüstrin, wo es bisher garnisonirte, hier ein, um in Garnison zu verbleiben. Dasselbe wird mit klingendem Spiel eingeholt werden.

— Die in Elberfeld ziemlich heftig auftretende Cholera ist Veranlassung geworden zu einer gewiß seltenen freundschaftlichen Aufopferung. Drei befreundete Gesellen gelobten sich gegenseitig, einander für den Fall der Erkrankung des Einen oder Andern beizustehen und sich nicht zu trennen. Der Eine erkrankte nun so heftig, daß kein Mittel, ihn in Schweiß zu bringen, helfen will. Da beschließen die zwei Freunde, sich selbst mittelst Thee in Schweiß zu bringen und dann zu dem Erkrankten ins Bett zu legen. Das Mittel schlägt an und die beiden Freunde haben in der Genesung ihres Kameraden gewiß den besten Lohn gefunden.

— Das Kieler Correspondenzblatt enthält folgendes Curiosum: „Eine Erwähnung verdient es wohl, daß die in Gottschall's „Schill" auf der Hamburger Bühne mitwirkenden Husarenpferde kaum zu halten sein sollen, wenn sie die rothen Röcke der Dänen, welche im Kampfgetümmel des letzten Aktes auf der Bühne erscheinen, gewahr werden. Ganz besonders ist dies der Fall bei dem Rosse des einen preußischen Trompeters, welches in Jütland einen Schuß erhalten hat." Wenn das nicht blos naturhistorisch, sondern nicht auch politisch merkwürdig ist! Wenn sich am Ende der Hader unter den Nationen bis zu den Thieren erstreckt! Dann wird es Zeit sein, daß die Menschen Frieden schließen, um nicht die lang bewahrte Gemüthsruhe der Vierfüßler zu stören. (N.Pr.Z.)

Hirschberg, 19. November. Durch Vermittelung der königl. Hoflieferanten Herren Metzner und Sohn in Berlin, ist Ihrer Majestät der Königin leinen Garn, welches der arme kleine Spinner Heinrich Schön in Kiesewald gesponnen, überreicht worden. Ihre Majestät haben in Folge dessen folgendes Allerhöchste Kabinetsschreiben an die Hoflieferanten Metzner u. Sohn erlassen, welches aufs neue die hohe Wohlthätigkeit der erhabenen edlen Königin bekundet:

„Ich habe das ausgezeichnet schöne leinene Garn erhalten, welches Sie Mir mit Ihrem Schreiben vom 3. d. M. überschickten, und erfülle gern Ihre Bitte, dem armen kleinen Spinner Heinrich Schön in Kiesewald durch Bewilligung einer Unterstützung von Vier und zwanzig Thalern jährlich, auf Drei Jahr, eine Aufmunterung und ein Zeichen Meiner Theilnahme an seiner Geschicklichkeit zu geben. Ich füge die ersten 24 Thaler hier gleich bei und verbleibe Ihre wohlgeneigte Elisabeth. — Sanssouci, den 24. September 1849."

Getreide-Berichte.

Stettin, 23. Novbr.

Weizen, 50—$52\frac{1}{2}$ Thlr. bez.

Roggen, in loco $26\frac{1}{2}$—$26\frac{3}{4}$ Thlr., pro Frühjahr $28\frac{1}{2}$—$28\frac{1}{4}$ Thlr. bez.

Gerste, pro Frühjahr ab Stralsund $24\frac{3}{4}$ Thlr. bez.

Hafer, $15\frac{1}{2}$—19 Thlr.

Erbsen, 30—36 Thlr.

Leinsaamen, Pernauer, $10\frac{3}{4}$ Thlr. bez.

Leinöl, 12 Thlr. ohne Faß bezahlt.

Rüböl, rohes, in loco $14\frac{1}{6}$—$14\frac{1}{12}$ Thlr., pro November 14 Thlr., pro November—Dezbr. und pro Dezbr.—Janr. $13\frac{3}{4}$ Thlr., pro Mai—Juni $13\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt.

Spiritus, roher, in loco $24\frac{3}{4}$—$24\frac{7}{8}$ % mit Faß, pro Frühjahr $22\frac{3}{4}$ % bezahlt.

Zink, schles., $4\frac{11}{12}$ Thlr. pro Ctr.

Berliner Börse vom 23. Novbr.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
Preuss. frw. Anl.	5	$106\frac{2}{3}$	$106\frac{1}{6}$		Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	$95\frac{3}{4}$	$95\frac{1}{4}$	
St. Schuld-Sch.	$3\frac{1}{2}$	$89\frac{1}{2}$	89		Kur-&Nm.do.	$3\frac{1}{2}$	$95\frac{3}{4}$	$95\frac{1}{4}$	
Seeh. Präm-Sch.	—	102	—		Schles. do.	$3\frac{1}{2}$	—	$94\frac{1}{4}$	
K. & Nm. Schldv.	$3\frac{1}{2}$	—	$85\frac{3}{4}$		do. Lt. B. gar. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	$103\frac{3}{4}$	$103\frac{1}{2}$		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	$94\frac{1}{4}$	$93\frac{1}{4}$	
Westpr. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	$87\frac{3}{4}$	—						
Grosh. Posen do.	4	—	—		Friedrichsd'or.	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$	
do. do.	$3\frac{1}{2}$	—	$89\frac{3}{4}$		And. Gldm. a 5 tlr.	—	$12\frac{3}{8}$	$12\frac{1}{6}$	
Ostpr. Pfandbr.	$3\frac{1}{2}$	—	$94\frac{3}{4}$		Disconto	—	—	—	

Ausländische Fonds.

Russ Hamb.Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdbr.	4	$95\frac{3}{4}$	—	
do. b. Hope 3 4. s.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	$80\frac{5}{8}$	—	
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	—	—	
do. Stiegl. 2 4 A.	4	$88\frac{3}{4}$	—		Hamb. Feuer-Cas	$3\frac{1}{2}$	—	—	
do. do. 5 A.	4	$88\frac{1}{4}$	—		do. Staats-Pr. Anl	—	—	—	
do. v. Rthsch. Lst.	5	$109\frac{3}{4}$	—		Holl. $2\frac{1}{2}$ % Int.	$2\frac{1}{2}$	—	—	
do. Poln. SchatzO	4	$80\frac{1}{4}$	$79\frac{3}{4}$		Kurh. Pr.O. 40 th.	—	$34\frac{3}{4}$	—	
do. do. Cert. L.A.	5	$93\frac{1}{2}$	—		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—	
dgl. L. B. 200 Fl.	—	$17\frac{1}{4}$	—		N. Bad. do. 35 Fl.	—	—	18	
Pol. Pfdbr. a. a.C.	4	96	95						

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuss	Reinertr. 48	Tages-Cours.	Priorit.-Actien	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4	4	$86\frac{1}{4}$a$\frac{1}{2}$ bz.uG.	Berl-Anhalt	4	[illegible] G.
do. Hamburg	4	—	$81\frac{1}{4}$a$\frac{3}{4}$ bz.uG.	do. Hamburg	$4\frac{1}{2}$	[illegible] G.
do. Stettin-Stargard	4	—	105 G	do. Potsd.-Magd.		[illegible]2 B
do. Potsd.-Magdebg.	4	—	$64\frac{1}{8}$a$\frac{1}{2}$ bz.	do. do		$101\frac{1}{4}$ bz uG.
Magd.-Halberstadt	4	7	—	do. Stettiner	5	$104\frac{3}{4}$ G.
do. Leipziger	4	10	—	Magdb.-Leipziger	4	—
Halle-Thüringer	4	2	$65\frac{1}{4}$ G.	Halle-Thüringer	$4\frac{1}{2}$	$97\frac{3}{4}$a98 bz.
Cöln-Minden	$3\frac{1}{2}$	—	$94\frac{2}{3}$a95 bz.uG.	Cöln-Minden	$4\frac{1}{2}$	$100\frac{1}{4}$ bz.
do. Aachen	4	5	47 bz.	Rhein. v. Staat gar.	$3\frac{1}{2}$	—
Bonn-Cöln	5	—	—	do. 1 Priorität.	4	—
Düsseld.-Elberfeld	5	—	—	do. Stamm-Prior.	4	79 B.
Steele-Vohwinkel	4	—	—	Düsseld.-Elberfeld	4	—
Niederschl. Märkisch.	$3\frac{1}{2}$	—	$83\frac{1}{2}$ G.	Niederschl.-Märkisch.	4	$93\frac{1}{2}$ G.
do. Zweigbahn	4	—	—	do. do	5	103 bz.
Oberschles. Litr. A.	$3\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{8}$	$108\frac{3}{4}$ bz.	do. III Serie	5	102 bz.
do. Litr. B.	$3\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{8}$	$105\frac{3}{4}$ bz.uG.	do. Zweigbahn	$4\frac{1}{2}$	—
Cosel-Oderberg	4	—	—	do. do	5	—
Breslau-Freiburg	4	—	—	Oberschlesische	4	—
Krakau-Oberschles.	4	—	70 bz.	Cosel-Oderberg	5	—
Bergisch-Märkische	4	—	48 bz.	Steele-Vohwinkel	5	—
Stargard-Posen	$3\frac{1}{2}$	—	$84\frac{1}{4}$a$\frac{1}{2}$ bz.	Breslau-Freiburg	4	—
Brieg-Neisse	4	—	—			
Quittungs-Bogen.		Einz.		**Ausl. Stamm-Actien.**		
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	—	Dresden-Görlitz	4	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	—	Leipzig-Dresden	4	—
Aachen-Mastricht	4	30	—	Chemnitz-Risa	4	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—	Sächsisch-Bayerische	4	—
Ausl. Quittgs.-Bogen.				Kiel-Altona	4	—
				Amsterdam-Rotterdam	4	$96\frac{1}{2}$ B.
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	—	—	Mecklenburger	4	—
Pesther 26 Fl.	4	90	—			
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	$52\frac{1}{2}$ a $52\frac{3}{4}$ bz.			

Barometer- und Thermometerstand bei C. F. Schultz & Comp.

Novbr.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	23	337,06‴	337,27‴	337,02‴
Thermometer nach Réaumur.	23	— 2,6°	+ 0,9°	— 2,2°

Beilage.

Beilage zu No. 275 der Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

Sonnabend, den 24. November 1849.

Deutschland.

Berlin, 21. November. Das Ministerialblatt für die gesammte nnere Verwaltung enthält außer anderen von uns bereits mitgetheilten Verordnungen der respektiven Königlichen Behörden noch: Unter Behörden und Beamten: Circular-Verfügung an sämmtliche Königl. Provinzial-Steuer-Direktoren resp. Regierungen, die Anstellung der unteren Beamten im Staatsdienste betreffend, vom 6ten Oktober d. J. Unter Verwaltung der Kommunen, Korporationen und Institute: Verfügung, die Heranziehung der Mennoniten zu Geschworenen betreffend, vom 24. Juni d. J.:

„Die in dem gefälligen Berichte vom 28. April c. angeregte Frage, ob Mennoniten als Geschworene herangezogen werden können, ist bereits früher, wo sie nur für die Rheinprovinz Bedeutung hatte, hinsichtlich dieser vielfach erörtert worden. Durch die Allerhöchste Kabinetsordre vom 9ten Juni 1825 war zwar anfänglich bestimmt worden, daß die Mennoniten, da ihnen ihre Glaubenslehre keine Eidesleistung gestatte, mit der Uebernahme des Amtes eines Geschworenen verschont werden sollten. Nachdem jedoch durch die spätere Allerhöchste Ordre vom 11. März 1847 festgesetzt worden war, daß die von den Mennoniten nach den üblichen Beschränkungsformen mittelst Handschlags abzugebende Versicherung mit der Eidesleistung gleiche Kraft haben sollte, und nachdem ferner durch die Allerhöchste Ordre vom 6. Mai 1830 den Mitgliedern derjenigen mennonitischen Familien, deren Häupter für sich und ihre Nachkommen die Militairpflicht übernommen hatten, gleiche Rechte mit allen anderen christlichen Unterthanen eingeräumt worden waren, erschienen die Vorschriften der Allerhöchsten Ordre vom 9. Juni 1825 hierdurch außer Kraft gesetzt, und es mußte demgemäß angenommen werden, daß die Mennoniten, insoweit sie zum Geschworenendienst für berechtigt erklärt wurden, auch dazu verpflichtet seien und bei Vermeidung der gesetzlichen Strafe dazu angehalten werden könnten.

Jetzt, wo die Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember 1848 die Gleichstellung aller Konfessionen ausgesprochen und ausdrücklich hinzugefügt hat, daß den staatsbürgerlichen Pflichten durch das Religions-Bekenntniß kein Abbruch geschehen dürfe, ist es hiernach außer allem Zweifel, daß den Mennoniten nicht gestattet werden kann, den Geschwornendienst willkürlich abzulehnen. Sie werden vielmehr bei Bildung der Listen wie die Mitglieder anderer Konfessionen zu behandeln sein, und nur der Unterschied wird dabei obwalten, daß den Mennoniten bei ihrer Verpflichtung als Geschworene anstatt des im §. 97 der Verordnung vom 3. Januar d. J. vorgeschriebenen eidlichen Angelöbnisses freistehen wird, in Gemäßheit der Verordnung vom 11. März 1827 (Gesetz-Sammlung S. 28) die gewissenhafte Erfüllung der Pflicht als Geschworener nach der bei den Mennoniten üblichen Bekräftigungsformel, welche mit der Eidesleistung gleiche Kraft hat, mittelst Handschlags zu versichern.

Hiernach überlassen wir Ew. Hochw. auf den Bericht vom 28sten April c. das Weitere dieserhalb gefälligst zu verfügen.

Berlin, den 24. Juni 1849.

Der Minister des Innern. Am Auftrage: von Puttkammer. — Der Justiz-Minister. Simons.

Berlin, 21. November. Ueber die in öffentlichen Blättern schon mehrfach besprochenen Hindernisse, welche die von der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft beabsichtigte Ausgabe von Prioritäts-Obligationen gefunden hat, ist uns folgende Mittheilung zugegangen: Bei der Beschlußnahme über den Antrag der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft auf Ertheilung eines landesherrlichen Privilegiums zur Ausgabe von 2,000,000 Thlr. Prioritäts-Obligationen mußte das Verhältniß der Gesellschaft zu den wegen Nicht-Einzahlung der siebenten Aktien-Rate präkludirten Aktionairen um so mehr mit zur Ewägung gezogen werden, als bei der in Bezug auf diesen Gegenstand abgehaltenen General-Versammlung vom 8. Juni v. J. erweislich Unregelmäßigkeiten vorgekommen und Stimmen von nicht dazu Berechtigten abgegeben worden sind. Ueber die rechtlichen Folgen dieser Unregelmäßigkeiten findet unter den Betheiligten eine Verschiedenheit der Ansichten statt, welche im Wege der Verständigung nicht hat erledigt werden können. Während von der einen Seite daraus die Ungültigkeit des Beschlusses vom 8. Juni v. J., aus letzterer aber wieder die Ungültigkeit der stattgefundenen Präklusion hergeleitet wird, wird von der andern Seite geltend gemacht, daß auch ohne Hinzurechnung der ungültigen Stimmen eine den präkludirten Aktionairen nachtheilige Majorität vorhanden gewesen, überhaupt aber nach §. 14 des Statuts blos das Direktorium über die Annullirung solcher Quittungsbogen, auf welche die ausgeschriebenen Einzahlungen nicht geleistet worden, zu beschließen habe.

Die Entscheidung dieses Streits kann, nachdem seitens der Verwaltungs-Behörden mehrfache, aber leider vergebliche Versuche zur gütlichen Ausgleichung der obwaltenden Differenz gemacht worden, nur auf gerichtlichem oder schiedsrichterlichem Wege erfolgen. So lange es an einer solchen Entscheidung fehlt, würde in Betreff der Emission der oben erwähnten 2,000,000 Thlr. Prioritäts-Obligationen immer eine den Werth des neuen Papiers beeinträchtigende Unsicherheit darüber verbleiben, ob der Beschluß, auf welchen die Emission sich gründet, über alle Anfechtungen erhaben sei.

Sowohl im Interesse des Unternehmens als der künftigen Gläubiger hat daher verlangt werden müssen, daß der noch schwebende Streit zuvörderst auf dem Wege der schiedsrichterlichen oder gerichtlichen Entscheidung zum Austrage gebracht werde, wenn es nicht etwa noch gelingen sollte, denselben durch eine gütliche Einigung zu beseitigen. (Pr. St.-A.)

— Die Nordd. Ztg. schreibt, daß Versuche über ein transportables Zelt in Stettin angestellt würden, welches bereits von der französischen Armee in Algier praktisch angewendet wird. Interessant dürfte es sein, zu erfahren, daß bereits vor mehreren 30 Jahren der bekannte Schriftsteller Julius von Voß diese Idee bei dem Königl. Kriegsministerium eingereicht, darüber eine Denkschrift verfaßt und der Oeffentlichkeit übergeben hat. Im Jahre 1820 machte derselbe abermals auf seine Erfindung aufmerksam, in Folge dessen auf Befehl Sr. jetzt regierenden Majestät die Sache durch eine Commission, an deren Spitze der Hr. General v. Thile stand, untersucht wurde. Die Ideen scheiterten indeß, weil man eine Belastung der Soldaten durch die etwa 1½ Pfd. wiegenden Zeltstücke für bedenklich hielt. Hiernach dürfte diese Erfindung nicht eine französische, sondern eine preußische sein.

— Der baierische katholische Geistliche Niebergall, welcher unter dem Charakter eines Kaufmanns hier anwesend war, überbrachte Depeschen von der Pariser Bergpartei an die Führer der hiesigen Demokratie. Er wurde selbst eingeführt in eine der geheimen Sitzungen und daselbst der Inhalt der von ihm überbrachten Depeschen vorgelesen, welcher dahin lautet, es möge die beabsichtigte Bewegung eingehalten werden bis zum Ausbruch der vorbereiteten Emeute in Paris. Darauf wurde das Papier verbrannt im Beisein aller, die es vernommen. Einer der Führer suchte die Partei zu beruhigen, die Regierung wisse zwar von ihren Versammlungen, aber nicht von dem Inhalte ihrer Berathungen. Der Verdacht des Verrathes wurde auf den Boten gelenkt. Zugleich wurde der Beschluß gefaßt über das am Tage der Aburtheilung über Waldeck zu beobachtende Verhalten. (Voss. Z.)

— Endlich ist es der Criminalpolizei gelungen, die Urheber des an der sep. Hirsch vor mehreren Wochen verübten Raubmordes zu ermitteln. Als solche sind ein schon mehrfach bestrafter Töpfergeselle Possehl und die ebenfalls schon bestrafte Ida Ihlenfeldt zur Haft gebracht. Possehl soll bereits ein Geständniß abgelegt haben. Derselbe ist bei Gelegenheit der Umwechselung eines 50-Thalerscheins, welcher als ein der sep. Hirsch gehöriger bezeichnet war, ertappt worden. (L.C.)

— Am 4. d. M. reiste die Frau des Majors v. Schmidt vom 20sten Infanterie-Regiment von Charlottenburg über Berlin nach Köln und Rastatt zu einem Besuch bei ihrem dort garnisonirenden Manne ab. Die Reise der Dame läßt sich bis in die Nähe von Köln verfolgen, dort ist sie plötzlich verschwunden, und eine amtliche Bekanntmachung des Oberprokurators zu Köln vom 19. fordert, da Gründe vorliegen, daß die Unglückliche wahrscheinlich in der Nähe von Köln gewaltsam emordert worden sei, zu Mittheilungen über das Auffinden der Leiche auf. Die Nachricht hat hier in allen Kreisen tiefes Entsetzen verbreitet, und die bezeichnendsten Gerüchte durchlaufen bereits die Stadt. Danach soll bereits ermittelt sein, daß die Verschwundene unterwegs 2 Männer als Mitreisende angetroffen und von diesen bis Köln begleitet worden sei, die der einzeln reisenden Dame ihren Schutz anboten und sich ihr aufdrängten. Beide sollen sich als eifrige Demokraten verrathen haben. Der Mann der Ermordeten ist der Präsident des Kriegsgerichts in Rastatt. (N.Pr.Z.)

— Am 10. fand in Mainz eine General-Versammlung des dortigen demokratischen Vereins statt. Die nachstehende Beschreibung, welche die Darmstädter Ztg. von dieser Versammlung giebt, beweist am besten, welcher Geist in diesem berüchtigten Nest aller Rebellen noch immer herrscht, und was die Tendenz der Demokratie ist:

„Die Versammlung begann um 8 und endete um 10 Uhr; Dr. Müller-Melchiors präsidirte. Das Lokal selbst und die Gallerien waren so überfüllt, daß man kaum stehen konnte. Der Saal war mit Kränzen und Blumen verziert, und an den Säulen waren die Namen Robespierre, Kossuth, Hecker, Trützschler ꝛc. mit Kränzen umwunden, zu sehen. Im Hintergrund saß der Ausschuß an einer rothen Tafel und hinter dem Ausschuß waren 3 Vasen, in welchen roth und blaues Feuer brannte. Die hintere Wand war ganzlich roth und oben an der Galerie bildete die französische, amerikanische, Arbeiter- und Turnerfahne eine Gruppe, aus welcher die blutrothe Fahne über den Ausschuß herabhing. Nach Vorlesung des Protokolls spielte die Bürgermusik einen Trauermarsch, nach dessen Beendigung der Vorsitzende das Wort nahm und mit großem Selbstbewußtsein von der Kraft der demokratischen Partei sprach. Nach ihm bestieg ein gewisser Krebs aus Mainz, Sohn des Bestätters, früher evangelisch-theologischer Kandidat, jetzt deutsch-katholischer Prediger in Mannheim, die Tribüne, welche er nach einer Lobrede an R. Blum unter endlosem Jubel verließ. Ein Trauermarsch endigte die Sitzung; zwei Drittheile der Versammelten waren — Frauen, wahrscheinlich durch das interessante Farbenspiel angezogen." (N.Pr.Z.)

— Bei dem Geschwornengericht in **Grüneberg** weigerte sich der als Geschworene vorgeladene Oberst-Lieutenant v. **Blumenthal** aus Sagan den vorgeschriebenen Eid zu leisten, da er nur einen „christlichen Eid" ablegen wollte. Da er ausdrücklich erklärte, nicht entlassen sein oder abtreten zu wollen, sah der Gerichtshof seine Erklärung für ein „ungegründetes" Entlassungsgesuch an und verurtheilte ihn zu einer Strafe von 10 Thlrn. (C. Z.)

Bromberg, 18. November. Die Demarkationslinie muß gezogen werden, das sieht Jeder, denn die Polen können nicht zum deutschen Reichstage mitwählen; aber, ob dieselbe zugleich eine Auflösung des Provinzialverbandes mit sich bringt, oder ob sie nur das sprachliche Element berücksichtigt, das ist's eben, was die Gemüther in Unruhe versetzt. In dieser Beziehung hat nun aber ein großer Theil unserer Bevölkerung seine entschiedene Stimme bereits seit dem Anfange des vorigen Jahres erhoben und es deutlich ausgesprochen, daß sie fortan mit dem Großherzogthume in gar keinem Verbande stehen, sondern zu Westpreußen geschlagen sein will, zu dem diese ganze Gegend früher gehört hat. Gegen diesen Wunsch sollen aber besonders in neuester Zeit sowohl die in Berlin weilenden Abgeordneten der südlichen Theile der Provinz, als auch die Bewohner derselben eingenommen sein, und die Ansicht der Regierung soll sich für dieselben entscheiden. Dieser Umstand beunruhigt hier die Gemüther, und eine Volksversammlung soll in nächster Zeit zusammenberufen werden, um die entschiedene Willensrichtung der hiesigen Gegend nochmals auszusprechen. Freilich kann man diesen Wunsch wohl erklärlich finden, wenn man unsere Gegend kennt; die fast allein herrschende deutsche Sprache, die ganz deutschen Einrichtungen, ferner die Geschichte des Netzgaus, Alles spricht dafür. Andererseits aber ist auch wohl zu berücksichtigen, daß man durch die Ziehung der Demarkationslinie in dem früher beabsichtigten Sinne geradezu einen Theil unserer Provinz wieder ganz dem Polenthume anheim-

giebt, während ohne die Demarkationslinie in diesem abschließenden Sinne auch dieser Theil des Großherzogthums nach und nach von dem deutschen Elemente durchdrungen und überwunden werden muß. Der ruhige Beobachter kann also nur die Ansicht der Regierung billigen, und es wird daher gewiß, gesetzt auch, die Volksversammlung würde zahlreich besucht werden, die Ansicht jener Partei in großer Minorität bleiben. (Pos. Ztg.)

Bromberg, 18. Oktober. Unsere zweite Schwurgerichtsperiode ist vorüber. Unter mehreren anderen schweren Verbrechen war auch ein Vatermord. Der Angeklagte, der Ackerwirthssohn Franz Osmialowski, suchte sich durch hartnäckiges Läugnen und eine trotzigfreche Haltung der Strafe zu entziehen, wurde aber nach erfolgter Beweisaufnahme von den G[illegible]hworenen einstimmig für schuldig befunden, „seinen Vater in der f[illegible]en Absicht, ihn zu beschädigen, und mit einem Stocke geschlagen und da[illegible]rch wirklich getödtet zu haben." Der Gerichtshof verurtheilte ihn zur Schleifung nach der Richtstatt und Tod durch das Beil. Bei der Verhandlung einer Majestätsbeleidigung führte der Staats-Anwalt, Assessor v. Vangerow, selbst aus, daß es bedauerlich sei, wenn jeder unbedeutende Fall, d[illegible] er[illegible] Wichtigkeit erhalte, wenn er durch die Gerichtsverhandlung veröffentlicht werde, geflissentlich hervorgezogen werde. (C. Z.)

Köln, 20. November. Die gestrige Gemeinderaths-Sitzung war insofern für Köln's Einwohner interessant, als der Vorschlag eines Mitgliedes, alle Bürger der Stadt, welche mit einem Einkommen von 200 Thlr. eingeschätzt seien, an den Gemeindewahlen Theil nehmen zu lassen, debattirt wurde. Der Antrag wurde mit 11 gegen 5 Stimmen verworfen. (D. R.)

Vom badischen Oberrhein, 18. November. Bei uns und in unserer Nähe läuft gegenwärtig wieder eine eigenthümliche Bewegung durch die Leute, der Eine flüstert es dem Andern in's Ohr: Bis in sechs Wochen geht es wieder los, dann kommen die Franzosen und bieten hülfreiche Hand. Dieser Glaube ist im Volke so allgemein verbreitet, daß derjenige, der es versucht, ihm denselben mit Vernunftgründen auszureden, als ein Thor ausgelacht wird. Das ganze Gerede ist wieder nichts weiter, als ein gelungenes Kunststück der revolutionären Propaganda, die von der französischen und schweizerischen Grenze herüber leider unausgesetzt nur allzu leichtes Spiel in unserm Lande hat. Was übrigens jenem Glauben zur Stunde noch zum besonderen Stützpunkt dient, das ist der Umstand, daß beinahe alle bei der Mai-Revolution gravirte und flüchtig gewesenen Personen, die seit dem Aufhören des standgerichtlichen Verfahrens in's Großherzogthum zurückgekehrt sind, von den Behörden nicht die geringste Belästigung erfahren, und so gar Viele in der Meinung bestärken, die goldene Zeit des Freischaarenthums werde und müsse in Kurzem wiederkehren. Daß unter solchen Umständen der Vorwurf der Lauheit unsere Regierung mit jedem Tage lauter und stärker abseiten aller wohlgesinnten Einwohner trifft, ist ganz natürlich.

— Die lockenden Bilder der Wiener Zeitung über eine „künftige" Zoll- und Handelseinigung Oesterreichs mit Deutschland, welche der preußische Staatsanzeiger bereits in die gehörige Beleuchtung versetzt hat, verfangen bei uns im südwestlichen Deutschland nicht, auch nicht, wie die Erfahrung des Tages zeigt, bei unseren Nachbarn in Württemberg, und dem Herrn von der Pfordten wird es schwer werden, seine Baiern noch länger an diesem Köder festzuhalten. Alle verständigen Leute in Deutschland verlangen nach gerade mit Ungestüm das Erreichbare für die Gegenwart, auf die „etwa reifenden Beschlüsse" der österreichischen Politik vor der Hand gerne verzichtend. (D. R.)

Braunschweig, 21. November. Die Nachricht, daß die hiesige Regierung mit der preußischen in Bezug auf die Administration unseres Truppenkorps in Unterhandlung getreten sei, ist vollkommen gegründet. Oberst Morgenstern, welcher als Kriegsminister fungirt, befand sich zu diesem Zwecke mehrere Tage in Berlin, ist aber nunmehr zurückgekehrt. Die Verhandlungen scheinen indeß nicht das Resultat gehabt zu haben, welches hierorts erwartet wurde. (M. Z.)

Frankreich.

Paris, 18. November. Ein Journal äußert sich über die gegenwärtige Lage der Dinge in Frankreich folgendermaßen: Ohne Zweifel ist das Recht, welches die Verfassung dem Präsidenten Louis Bonaparte gewährt, Frankreich persönlich zu regieren, unbestreitbar. Allein, was man mit Besorgniß wahrnehmen muß, ist, daß bei den Beweisen von Unerfahrenheit, die er schon bei mehr als einer Gelegenheit gegeben, er doch, um ihn zu unterstützen, oder nach Umständen, zu belehren, nur Männer gefunden hat, die gar keinen Einfluß auf die National-Versammlung zu üben vermögen, und die der Menge gegenüber nicht das mindeste Ansehen besitzen. Der General Lahitte hat im Jahre 1823 die Artillerie im spanischen Feldzuge kommandirt; seitdem hat man nicht von ihm sprechen hören, und er hat sich nur mit Artillerie-Gegenständen beschäftigt. Er ist weder Repräsentant noch Diplomat. Es muß ihm also in den parlamentarischen Diskussionen an aller Geschicklichkeit fehlen. Er wird also noch weniger als der Präsident selbst, in der nothwendigen Kenntniß der früheren Vorgänge und Verhältnisse sicher sein, die zur Führung der äußeren Politik Frankreichs unerläßlich ist. — Das napoleonische Journal, der „10. Dezember", hat schon geäußert: „Nachdem man lange Zeit gezaudert hat, wird man ohne Zweifel mit dem Kriege enden." Dergleichen wiederholt sich in dem Palais des Präsidenten. Es ist diesem sogar mehrmals selbst begegnet, sich der Art zu äußern: „Man darf," warf er jüngst hin, „den kriegerischen Geist Frankreichs nicht verkennen!" Dies erklärt, bis zu einem gewissen Punkt die große Vorliebe des Präsidenten für die Armee und ihre Chefs. Das Departement des Auswärtigen einem Artilleriegeneral anvertrauen, heißt demnach laut erklären, daß man nicht übel Lust hat, die diplomatische Frage mit Kanonenschüssen zu lösen. Man glaubt, daß der General Lahitte bei den nächsten Wahlen einer der Candidaten der Regierung in Paris sein wird. Die bonapartistische Partei ist sehr stark in Paris. Aber sie muß sich außerhalb der Wahlurne der letzten Wahlen organisiren, der die gemäßigte Partei ihre Siege verdankt. Diese Wahlen können ein entscheidender Probierstein werden. Die gemäßigte Partei kann sich spalten. Allein wenn sie eine außerordentliche Anstrengung macht, und die Eindrücke vergißt, die aus der Botschaft vom 31. Oktober entstanden sind, so kann sie sich auch vereinigen. Und dann dürfte das bisher gespielte Spiel starken Verlusten ausgesetzt sein.

— Ueber die Verurtheilten von Versailles erfährt man, daß sie am 15. in Doullens angelangt sind. Die Gerüchte von einer bevorstehenden Amnestie für dieselben sind noch immer in Umlauf. Doch ist dabei zu bemerken, daß dieselbe nicht von dem Präsidenten der Republik, sondern von der National-Versammlung bewilligt werden kann. Doch glaubt man, daß Ludwig Bonaparte früher oder später einen solchen Antrag vor die National-Versammlung bringen wird.

— Die Nachricht von dem Tode Nina Lassave's, der bekannten Geliebten des Königsmörders Fieschi, scheint eine Zeitungs-Ente gewesen zu sein. Nina soll weder gestorben sein, noch auf den Straßen gesungen haben, sondern als eine glückliche Hausfrau in voller Gesundheit leben. (Const. Z.)

— In 4 Linienregimentern werden jetzt Versuche mit Spitzkugeln gemacht, die sehr günstig ausfallen.

— In Algerien wüthet die Cholera auf eine schreckliche Weise. Ein Brief aus Oran vom 5. November sagt, daß diese Stadt in der größten Bestürzung ist. 700 Militairs und 3700 Civilpersonen sollen daselbst bereits gestorben sein, die nicht bekannt gewordenen Sterbefälle unter den Juden und den Mauren nicht einmal eingerechnet. Die genannte Zahl von Sterbefällen macht ein Sechstel der Bevölkerung aus. Alle Läden sind geschlossen; man zündet große Feuer an, schießt mit Kanonen, hält Processionen u. s. w., um die Seuche abzuwenden. Die Cholera ist schnell tödtlich, sie hat plötzlich ganze Familien weggerafft. In einem Hause sind alle Bewohner, zehn an der Zahl, in einer und derselben Nacht gestorben. Die Araber werden ebenfalls von der Cholera decimirt. 30 Verurtheilte sind angestellt, um die Gräber zu graben, nach welchen die Leichname jeden Abend mit Karren geschleppt werden. — Ein Brief aus Oran vom 10ten giebt die Nachricht, daß die Cholera in der Stadt etwas nachläßt, dagegen in's Innere fortschreitet. Die drei Oberärzte des Hospitals von Oran waren hintereinander an der Krankheit gestorben. — Vom Kriegsschauplatz hat man keine neueren Nachrichten. — Man vernimmt auch aus Tunis, daß dort die Cholera ausgebrochen. Depeschen, welche mit dem Charlemagne angekommen, sollten dem Befehle des Bey zufolge geöffnet und durchräuchert werden, aber die Consuln widersetzten sich. Die Furcht vor der Epidemie war so groß, daß fremde Schiffe nicht in den Hafen eingelassen wurden, selbst die Schiffe von Malta waren ausgeschlossen. Auch alle Communicationen zu Lande waren verboten und ein Sanitäts-Cordon an der Grenze gezogen worden.

Räthsel.

Ich weiß eine Flotte von Schiffen ziehn
In einem unendlichen Meere,
Mit den großen eilen die kleinen dahin,
Wie der Vögel Schwärme der Heimath entfliehn,
So ziehn sie in zahllosem Heere.

Sie haben nicht Segel ausgespannt,
Am Mast nicht die Taue gezogen;
Und noch nie ward von Auge zu Auge gekannt,
Der mächt'ge König, der sie hat entsandt
Auf's Meer in die stürmenden Wogen.

Sie gleiten nicht fort auf glattem Kiel,
Kein Steuermann wacht, der sie leite;
Es gebeut kein Schiffer, sie kennen kein Ziel,
Und der lauten Stürme geschleudertes Spiel,
Durchziehen sie offene Weite.

Und fragst du, woher sie gekommen sind,
Und wo ihre Häfen gegründet?
Wo der Wind hersaus't, der geflügelte Wind,
Und die Rhede ist, ihre Ruhe beginnt,
Wo jegliches Lüftchen verschwindet.

Sie führen hinan an jegliches Land
Im Schooße gewichtige Lasten;
Sie erscheinen milde mit segnender Hand,
Doch auch oft zu Tod und Verderben gesandt,
Und dürfen nicht ruhen, nicht rasten.

Und kannst du, so deute die Flotte aus,
Und sage, in welcherlei Meere
Sie der mächtige Herrscher gesendet hinaus,
Der die Pfade im tosenden Sturmesgebraus
Anzeigt dem schwimmenden Heere.

Berlin-Stettiner Eisenbahn.

Im Monat Oktober 1849 betrug die Frequenz auf der Hauptbahn:

26,293 Personen, davon Einnahme .	34,972 Thlr.	2 sgr.	1 pf.
99,900 Zoll-Centner Passagier-, Eil- u. Fracht-Güter, davon Einnahme .	21,121 Thlr.	28 sgr.	— pf.
Extraordinair	6,622 Thlr.	26 sgr.	6 pf
zusammen	62,716 Thlr.	26 sgr.	7 pf.
Gegen die Einnahme im Okt. 1848 von	51,844 Thlr.	18 sgr.	11 pf.
also mehr	10,872 Thlr.	7 sgr.	8 pf.

Gerichtliche Vorladungen.

Der Fabrikbesitzer F. Didier zu Podejuch hat gegen die Kaufleute Boethke & Wachs von hier aus dem Wechsel, d. d. Podejuch den 20sten Juni 1849, eine Wechselklage wegen 2000 Thlr. Courant nebst 6 pCt. Zinsen seit dem 20sten September d. J. und 2 Thlr. 7 sgr. 6 pf. Protestkosten bei uns angebracht.

Zur Beantwortung derselben und zum weitern Verfahren haben wir einen Termin auf

den 15ten März 1850, Vormittags 11 Uhr,

vor versammeltem Gericht anberaumt, zu welchem die Verklagten unter der Warnung vorgeladen werden, daß bei ihrem Ausbleiben in contumaciam gegen dieselben verfahren und erkannt werden wird.

Stettin, den 8ten November 1849.

Königliches See- und Handels-Gericht.

Auktionen.

Montag, den 26sten d. Mts., Vormittags 11 Uhr, soll beim Zollhause zwischen Stettin und Damm eine Quantität alter Bohlen und Holzabgänge öffentlich an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung und unter dem Beding sofortiger Wegschaffung verkauft werden. Stettin, den 21sten November 1849.

W. Schulze, Wegebaumeister.